

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y .

141

Wien, Mittwoch, den 9. Mai 1923.

.....
Der Strassenbahnfahrpreis am 10. Mai, Donnerstag, den 10. Mai (Feiertag)
 gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Werktagstarif. Demnach haben
 an diesem Tage die Hin- und Rückfahrtscheine, Frühfahrtscheine und Wochen-
 karten Giltigkeit.

.....
 Nach dem
Die Schaffung eines Wiener Wohngebietes. / geltenden Wohnungsanforderungs-
 gesetz können mehrere Gemeinden zu einem einheitlichen „Wohngebiet“
 vereinigt werden. Diese Vereinigung hat den Zweck, daß Doppelwohnungen,
 die innerhalb dieses Wohngebietes bestehen, dadurch anforderbar werden.
 Die Bildung eines solchen Wohngebietes wird vom Bundesministerium für
 soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den zuständigen Landeshauptleuten
 verordnet.

Vor der Geltung des jetzigen Anforderungsgesetzes hat für Wien ein
 solches Wohngebiet bestanden, das unter Einbeziehung der zunächst lie-
 genden Gemeinden des Wiener Umkreises (Schwechat, Liesing, Purkersdorf,
 Langenzersdorf und die dazwischen Liegenden) gebildet wurde. Nach dem In-
 krafttreten des neuen Gesetzes hat das Wiener Wohnungsamt sogleich eine
 neue Vorlage über die Schaffung eines Wiener Wohngebietes ausgearbeitet,
 die vom Gemeinderatsausschuß für Wohnungswesen genehmigt und als Antrag
 an das Bundesministerium für soziale Verwaltung geleitet wurde. Danach
 sollte das Wiener Wohngebiet eine Reihe von Gemeinden Niederösterreichs
 umfassen, und zwar im wesentlichen längst der Westbahn bis Neulengbach,
 längst der Südbahn bis Mauer, im Südosten Wiens bis Fischamend, im Nor-
 den bis Stockerau und Deutsch Wagram reichen. Es handelt sich wie man
 sieht, um jene Gemeinden, die tatsächlich nach den Begriffen des täglich-
 chen Lebens das Wiener Wohngebiet bilden, in denen zahlreiche in Wien
 beschäftigte Menschen wohnen und umgekehrt und in denen der Besitz einer
 Wohnung neben der Wiener Wohnung tatsächlich als Doppelwohnung empfunden
 wird.

Während dieser Antrag noch in Verhandlung stand, richtete die burgen-
 ländische Landesregierung an die Wiener Landesregierung das Ersuchen,
 in die Bildung eines grösseren Wohngebietes einzuwilligen, daß das ganze
 Burgenland, sämtliche Gemeinden der politischen Bezirke Neunkirchen, Wie-
 ner Neustadt, Baden, Mödling, Bruck a.d. Leitha und Hietzing Umgebung um-
 fassen sollte. Die Gemeinde Wien hat diesem Anerbieten bereitwilligst zu-
 gestimmt und der Gemeinderatsausschuß für Wohnungswesen hat in Abänderung
 seines ersten Beschlusses einen diesbezüglichen Antrag genehmigt.

Nunmehr hat aber noch bevor dieser zweite Antrag überreicht wurde,
 das Bundesministerium für soziale Verwaltung der Gemeinde Wien mitge-
 teilt, daß der Landeshauptmann von Niederösterreich eine Zustimmung zur
 Schaffung eines Wohngebietes in Verbindung mit niederösterreichischen Ge-
 meinden mit der Begründung abgelehnt habe, daß die Bildung eines solchen
 Wohngebietes derzeit nicht im öffentlichen Interesse Niederösterreichs
 läge. Der Gemeinde Wien bleibt daher nichts übrig, als die ablehnende
 Haltung des Landeshauptmann von Niederösterreich mit Befremden und Bedau-
 ern zum Kenntnis zu nehmen und auf die Schaffung eines Wohngebietes zu
 verzichten, wodurch der von der Wohnungsnot hart betroffenen Bevölkerung
 aller in Betracht kommenden Gemeinden eine Anzahl von Wohnungen, die er-
 füllt hätten werden können, verloren gehen.

.....
Eröffnung des Lehrmädchenerholungsheimes Wieselburg a/Erlauf. Vor einigen
 Tagen ist der erste Transport mit 150 jungen Mädchen in das Erholungsheim
 a.d. Erlauf
 Wieselburg/abgegangen. Darunter befanden sich auch 20 arbeitslose jugendl.
 che Arbeiterinnen. Den vielen für Wieselburg noch angemeldeten Lehrmädchen
 und jugendlichen Arbeiterinnen wird mitgeteilt, daß der nächste Transport
 nach Wieselburg am Freitag, den 1. Juni mittags abgeht. Anmeldebogen können
 in der Kanzlei der Aktion I., Hofgartengasse 3 behoben werden.

Das zweite Notstandsprogramm der Gemeinde Wien.

Neuerlich 100 Milliarden. - Gesamtbetrag 293 Milliarden.

Heute hat Stadtrat Siegel dem Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten jenen Teil des zweiten Notstandsprogramms vorgelegt, der den eigentlichen Gemeindefinanzhaushalt betrifft. Er umfasst Arbeiten mit einem Kostenaufwand von genau 100 Milliarden Kronen. Mit dem vor wenigen Tagen veröffentlichten Investitionen der städtischen Unternehmungen von 72.7 Milliarden Kronen und dem ersten Notstandsprogramm, das 120 Milliarden Kronen ausmachte, wendet die Gemeinde also seit Jahresbeginn

293 Milliarden Kronen

auf, um die Arbeitslosigkeit zu lindern, die Wohnungsnot zu bekämpfen und eine Reihe von Werken zu schaffen, die der Gesundheit der Bevölkerung und der Wiederinstandsetzung der Stadt dienen.

33 Milliarden für Wohnhausbauten.

Gemeinde hat sich

Die grösste Kost dient der Schaffung neuer Wohnungen. Die/entschlossen Wohnhausgruppe im XII. Bezirk, die mit dem „Fuchsenfeldhof“ in der Längenfeldgasse erfolgreich begonnen wurde, weiter auszubauen und so wird im Anschluss daran, längst der Neuwall-, Abmayer- und Murlingengasse ein weiterer Häuserblock mit 300 Wohnungen entstehen, dessen Kosten mit 21 Milliarden berechnet sind. Ausserdem werden Notwohnungen instandgesetzt und auch die Siedler kommen nicht zu kurz: volle 9 Milliarden werden Siedlungszwecken zugeführt; die Bauführung erfolgt durch die Siedlungsgenossenschaften.

Von den umfangreichen Leistungen, die der Volksgesundheit dienen sollen, sei zuerst die

Errichtung eines modernen Hallenschwimmbades im X. Bezirk

angeführt. Für diesen dichtbevölkerten Bezirk, der jetzt nur über ungenügende Badegelegenheiten verfügt, war bereits in den früheren Programmen die Errichtung eines Wannen-, Dampf- und Brausebades in der Gudrunstrasse vorgesehen. Nunmehr wird diesem Zweck ein weiterer Betrag von 16 Milliarden Kronen gewidmet, womit die geplante Badeanlage vollständig ausgebaut und zur modernsten und grössten Badeanstalt Wiens ausgestaltet werden soll, die durch den Einbau von Tribünen insbesondere auch für die Zwecke des Schwimmsports hergerichtet wird. Auch einige der bestehenden Badeanstalten, so das Jörgerbad, das Theresienbad und einige Sommerbäder werden mit einem Aufwand von 80 Millionen Kronen ausgestaltet.

Ganz besondere Vorsorge widmet das Programm den

Kindererholungsstätten.

Zunächst werden sechs neue/Kinderspielplätze geschaffen und zwar je einer im I. Bezirk, Feuerbachstrasse, V. Bezirk, Heumarkt, XVI. Bezirk Yppenplatz und drei im XXI. Bezirk in Strebersdorf, Jedlesees und Denaufeld. Mehrere der bestehenden Kinderspielplätze und zwar VI. Mollardgasse, VIII. Langeasse und XX. Leipzigerplatz und Verhardusgasse werden instandgesetzt, desgleichen die städtischen Kindergartengebäude und die städtischen Kindererholungsstätten Schüttaustrasse, Laaerberg, Knödenhütte, Girzenberg, Schafberg und Pötzleinsdorf. Am Laaerberg und Girzenberg werden überdies Plantschbäder eingerichtet. Die Gesamtkosten dieser Herstellungen belaufen sich auf rund 1.1 Milliarden.

Im Zusammenhang damit steht auch die Umwandlung der Vorortefriedhöfe in Gartenanlagen.

die bereits mit dem Hundstürmer Friedhof begonnen wurde. Nunmehr sollen der alte Währinger allgemeine, der Floridsdorfer und der Donauefelder Friedhof an die Reihe kommen. An jeder der so entstehenden Anlagen werden auch grosse Kinderspielplätze enthalten sein. Ausserdem werden zahlreiche bestehende Gartenanlagen renoviert und 300 neue Gartenbänke aufgestellt.

Der Fürsorge für unsere Kinder die nun auch die Errichtung von

zwei neuen Schulzahnkliniken

und verschiedene Erneuerungsarbeiten an Schulen, so die Aufsetzung eines Stockwerks auf die Schule XIX. An der Krim und die auch aus Gesundheitsgründen begrüssenswerte Einleitung elektrischer Beleuchtung an Stelle des Gaslichts in 18 Schulen in den verschiedenen Bezirken.

1200 Millionen für Lehr- und Lernmittel.

Ausser der gründlichen Instandsetzung der Schulgebäude, für die schon im ersten Notstandsprogramm 5 Milliarden Kronen eingesetzt waren und auch jetzt wieder durch Einführung der elektrischen Beleuchtung vorgesorgt wird, erfährt der Unterrichtsbetrieb selbst eine sehr wertvolle und längst erwünschte Verbesserung. Die bekanntlich das alte Lesebuch ersetzende Klassenlektüre wird durch eine neue Serie des von der Gemeinde gegründeten Jugendbucherverlages ergänzt; hierfür sind 400 Millionen bestimmt. Etwas völlig neues bedeutet die Anschaffung von je 50 künstlerische ausgeführte Wandtafeln für jede Schule, durch welche eine Reihe besonders interessantes technisches Material und Vorgänge dem Verständnis der Kinder nähergebracht werden sollen. 500 Millionen Kronen dienen der Erweiterung der Schüler- und Lehrerbuchereien.

Das Programm umfasst ferner einen Betrag von 2.75 Milliarden für die Erneuerung und Erweiterung von

Marktanlagen.

So wird, um einen langgehegten Wunsch der Bevölkerung des XI. Bezirkes zu erfüllen, der Markt am Ankplatz aufgelassen und dafür ein neuer offener Markt in der Geiselbergstrasse errichtet, ferner der Markt im X. Bezirk, Viktoradlerplatz vergrössert und weitere Adaptierungen im Schlachthof St. Marx vorgenommen.

Schliesslich entfallen noch namhafte Beträge auf die Verbesserung der Strassenerhaltung und Strassenpflege. Nicht weniger als

weitere 23 Milliarden für Strassenpflasterungen

sind eingesetzt, die zu den bisher bewilligten 69 Milliarden hinzukommen, so dass der schon jetzt vielfach verbesserte Zustand der Wiener Strassen weitere beträchtliche Fortschritte machen wird. 1.2 Milliarden sind für Brückenbauten bestimmt. Nahezu eine Milliarde gilt den Vorbereitungsarbeiten für den Umbau der Brigittabrücke, der kaum mehr länger hinausgeschoben sein wird. Der Hietzinger Steg über die Verbindungsbahn wird gleichfalls erneuert, womit ein sehr lästiges Verkehrshindernis beseitigt wird. Mit dem vollständigen Ausbau des Mühlenschüttelsteiges erlangt der Bruckhaufen, wo jetzt etwa 1500 Menschen wohnen gleichzeitig auch das Hochquellenwasser, was die Bekämpfung einer ständigen Seuchengefahr in diesem Stadtteil bedeutet.

Von allergrösster Bedeutung sind die Massnahmen zur

Bekämpfung der Staubplage.

Nahezu 11 Milliarden Kronen werden aufgewendet, um im Laufe des heurigen Sommers die Strassenbespritzung auf den Stand der Vorkriegszeit zu bringen. Zu den vorhandenen sechs Autosprengwagen werden zwanzig neue hinzugekauft, zum ersten Mal seit Kriegsausbruch werden wieder die Strassen mit Stauböl überzogen werden, so beispielsweise die Strasse auf den Kelenz, die Grinzinger Allee, die Prater Hauptallee und die Gusshausstrasse. Die gestohlenen Strassenaufschrifttafeln werden durch Emailblechtafeln an 700 Stellen ersetzt, was der Gemeinde eine Ausgabe von 250 Millionen Kronen verursacht.

In seiner Begründung des Programms im Ausschuss erwähnte StR.

Siegel, dass die Gemeinde nunmehr, wenn man das erste Notstandsprogramm von 120 Milliarden mit dem jetzt vorgelegten zweiten Programm zusammenaußerhalb ihres ordentlichen Budgets nehme, nahezu ein Drittel einer Billion für Zwecke der produktiven Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt habe, eine Leistung, wie sie keine andere öffentliche Körperschaft unseres Staates auch nur annähernd aufzuweisen hat. Der Ausschuss stimmt dem vorgelegten Programm einhellig zu.

142

RATHAUSKORRESPONDENZ - 2. Bogen

Samstag Eröffnung der städtischen Sommerbäder. Mit Rücksicht auf den frühzeitigen Beginn der warmen Witterung werden die städtischen Sommerbäder, deren Eröffnung für den 18. Mai geplant war, zum Teil schon Samstag, den 12. Mai in Betrieb gesetzt werden. An diesem Tage werden folgende städtische Badeanstalten ihren Betrieb aufnehmen: die Strandbäder Gänsehäufel, Alte Donau, Mühlshüttel, Stadlau und Kuchelau; das Schwimmbad im Theresienbad und das Strombad (mit Sonnen- und Luftbad) Aspernbrücke; das letztgenannte Bad wird vorläufig vormittags für Frauen, nachmittags für Männer geöffnet sein. Die Eröffnung aller übrigen städtischen Sommerbadeanstalten erfolgt Freitag, den 18. Mai. - Aus Anlass der Eröffnung der Badesaison hat der Magistrat das Verbot des Badens ausserhalb der öffentlichen Badeanstalten erneuert.